

Ein Essen für alle in Grundschulen und Kitas

Weil es günstiger ist: Freiburg bietet künftig nur noch ein Menü an und setzt auf vegetarisches Essen

Spaghetti Bolognese oder Napoli? Was künftig an Freiburgs Grundschulen und Kitas gegessen wird, hat bundesweit für Schlagzeilen gesorgt – sowohl in der Bild-Zeitung als auch im Spiegel und der Zeit. Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat jetzt entschieden: Vom nächsten Schuljahr an gibt es nur noch ein Mittagessen, und das ist vegetarisch. Außerdem steigt der Elternbeitrag stufenweise an.

Hintergrund für die Entscheidung ist der inflationsbedingte Preisanstieg rund um die Essensabwicklung. Das Schul- und Kita-Essen wird im kommenden Jahr neu ausgeschrieben, und die Stadt rechnet mit erheblich teureren Preisen. Daher muss an anderen Stellschrauben gedreht werden – und da Fleisch in guter Qualität ein wesentlicher Kostenfaktor ist, sei es günstiger, nur noch ein Menü anzubieten, begründete Schulbürgermeisterin Christine Buchheit im Gemeinderat die Pläne der Verwaltung.

Darüber hinaus sei fleischloses Essen die Schnittmenge verschiedener Ernährungsgewohnheiten, „ganz gleich ob halal oder koscher“, so Buchheit. Im Gegenzug soll der Anteil von Bioprodukten beim Essen von 20 auf zunächst 30 und mittelfristig 40 Prozent steigen. „Wichtig ist, dass unsere Jüngsten ein gutes und schmackhaftes Essen bekommen“, betonte die Bürgermeisterin. Der Gesamtelternbeirat habe es treffend zusammengefasst: „Der Köder muss dem Fisch schmecken, und nicht dem Angler.“ Und der Fisch seien in diesem Fall die Kinder.

Weniger Aufwand

Bislang gibt es an den meisten Schulen zwei Menüs: ein vegetarisches und eins mit Fisch oder Fleisch. In den Kitas gibt es zum Teil nur ein vegetarisches Mittagessen, zum Teil ebenfalls zwei Menüs. Nur noch ein Menü anzubieten, reduziert den Aufwand für die Caterer, die Verwaltung und bei der Essensausgabe.

Allerdings wird das Essen inflationsbedingt auch teurer: In den Grundschulen steigt der Elternanteil zum Schuljahr 2023/24 von 3,90 Euro auf 4,40 Euro, zum Schuljahr 2024/25 dann auf 4,80 Euro. In den Kitas kostet ein Mittagessen ab September kommenden Jahres 4,20 Euro und ab September 2024 dann 4,60 Euro.

„Einfacher und qualitativer“

Diese Pläne sorgten nicht nur für viel Aufmerksamkeit in den Medien, sondern auch für eine lebhafte Debatte im Gemeinderat. Zustimmung gab es von den Grünen. „Es wird einfacher für die Eltern, es wird qualitativer, und es wird klimafreundlicher“, lobte Vanessa Carboni die Pläne.

Günter Rausch von Eine Stadt für alle mahnte, die Kinder müssten mitbestimmen und zwischen verschiedenen Komponenten wählen können. Das Wichtigste aber sei, dass die Elternbeiträge differenziert würden. „Es steht und fällt alles mit der Frage des Preises.“ Zwar wurden die entsprechenden beiden Anträge von Esfa abgelehnt, aber auch die Grünen und Jupi hatten sich gemeinsam für die Möglichkeit von Ermäßigungen ausgesprochen, etwa bei Geschwisterkindern oder Schwellenhaushalten – ihr Antrag fand eine Mehrheit. Gefordert wurde darin außerdem eine Lösung im Krankheitsfall, denn der Vorlage nach soll das Essen künftig nur noch im Abo angeboten werden, eine Abbestellung wäre damit nicht mehr möglich.

„Emotionale Debatte“

Julien Bender von der SPD/Kulturliste zeigte sich irritiert darüber, wie emotional die Debatte geführt werde und dass mehr über die Auswahl der Gerichte als über die eigentliche Kernfrage gesprochen werde: „Wie können wir unseren Kindern ein bezahlbares Essen anbieten?“ Die CDU dagegen lehnte die Vorlage ab. Zwar unterstütze seine Fraktion die Vereinfachung, so Stadtrat Klaus Schüle, aber es müsse mehr Auswahlmöglichkeiten geben. Schließlich komme es darauf an, „ob’s schmeckt“. Sophie Kessl von Jupi forderte einen „Döner für drei Euro für alle Schülerinnen“ und dass die Kinder ihren Speiseplan selbst machen: „Dann gibt es mittwochs Gummibärchen mit Ketchup und donnerstags Nutella, aber ohne Brot.“ Ihre Fraktion stimmte aber zu.

„Gemüsezwang“

Als „schwer verdaulich und noch halb roh“ bezeichnete dagegen Franco Orlando von der FDP/BfF die Pläne. „Wir hätten uns mehr Vielfalt gewünscht, die Vorlage ist für uns nicht genießbar“, so sein Fazit.

„Den Schülerinnen und Schülern wird vorgeschrieben, was sie zu essen haben“, kritisierte Gerlinde Schrempp von den Freien Wählern, und Detlef Huber von der AfD sprach gar vom „Gemüsezwang“. Es gelte: „Friss, oder bleib hungrig“ – über die Hintertür werde jetzt von den Grünen der lang ersehnte „Veggie Day“ eingeführt, und das gleich an allen Tagen. Dem entgegnete Wolf-Dieter Winkler von Freiburg Lebenswert: „Es geht doch um Essen und nicht um Ideologie.“ Jedes Kind könne sich nehmen, was es mag, und die Eltern könnten Fleisch doch abends und am Wochenende anbieten. Apropos Eltern: Der Gesamtelternbeirat war über die Pläne informiert worden, hatte sich aber kritisch geäußert und unter anderem eine „Preisanpassung mit mehr Augenmaß“ gefordert. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag am 18. Oktober schließlich mit deutlicher deutlicher Mehrheit zu: 27 Stadträtinnen und -räte waren dafür, 14 dagegen.

OB Horn: „Helfen Sie mit und spenden Sie!“

Partnerstadt Lviv weiter auf Unterstützung angewiesen

Seit acht Monaten herrscht Krieg in der Ukraine. Erst kürzlich wurden viele Städte, darunter auch Freiburgs Partnerstadt Lviv, Opfer flächendeckender russischer Raketenangriffe. Umso wichtiger ist es, dass Stadt und Bürgerschaft nicht nachlassen, Lviv zu unterstützen.

Ende Juli hatte der Gemeinderat beschlossen, jeden privat gespendeten Euro für die Nothilfe Lviv aus dem städtischen Haushalt zu verdoppeln. Insgesamt sind seit Ende Februar mehr als 1,5 Millionen Euro auf dem Spendenkonto eingegangen. Damit wurden unter anderem fünf Notstromaggregate und mehrere Hilfslieferungen bezahlt.

Auch zwei konkrete Projekte in der Partnerstadt werden mit Hilfe der Spenden finanziert: das Rehabilitationszentrum „Unbroken“ für die längerfristige physische und psychische Versorgung von Verwundeten aus der ganzen Ukraine sowie das Tiny-House-Projekt, eine Anschlussunterbringung für Geflüchtete in nachhaltig konstruierten Häusern.

Über den aktuellen Stand tauschte sich Oberbürgermeister Martin Horn kürzlich mit Lvivs stellvertretendem Bürgermeister Andriy Moskalenko online aus. Moskalenko berichtete, dass täglich Verwundete aus dem Osten der Ukraine in Lviv eintreffen – überwiegend Erwachsene, aber auch verletzte Kinder und Jugendliche. Aufgrund dieser angespannten Lage bat er um beschleunigte Unterstützung für das Rehaszentrum „Unbroken“. OB Horn hatte dafür vorerst 500 000 Euro aus dem Spendenvolumen zugesagt.

Zum Projekt Tiny-Houses berichtete Moskalenko, dass die Stadt wegen baulicher Hindernisse ein neues Grundstück suche. Bei dem Projekt sind sechs Wohneinheiten für Geflüchtete geplant plus Sozial- und Aufenthaltsräume. Finanziert werden soll es über die Stadt Freiburg und die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit.

Neben Bürgerinnen und Bürgern beteiligen sich auch Unternehmen, Verbände und Vereine an der Kampagne. So spendeten der SC Freiburg 25 000 Euro für „Unbroken“ und die vier Lions Clubs Einnahmen aus einem Benefizkonzert des Freiburger Barockorchesters zusammen mit den Domsingknaben in Höhe von 10 500 Euro – beide Beträge wird die Stadt verdoppeln. Martin Horn zeigte sich dankbar und bat angesichts der weiterhin desolaten Situation in der Ukraine ein weiteres Mal um Spenden: „Wir stehen weiterhin eng an der Seite Lvivs. Lassen Sie nicht nach, helfen Sie mit und spenden Sie.“

Spendenkonto Nothilfe Lviv: DE75 6805 0101 0000 1919 19

Verwendungszweck „Nothilfe Lviv“

Frisch sanierter Rosskopfturm: Endlich wieder in die Ferne schauen!

„Sechs Monate war der Turm krank / Jetzt öffnet er wieder, Gott sei Dank“ – frei nach Wilhelm Busch meldet sich der Aussichtsturm auf dem Rosskopfgipfel wieder dienstbereit. Nach seiner Sanierung ist der denkmalgeschützte historische Turm wieder begehbar und bietet herrliche Ausblicke ins Dreisamtal bis hinüber zu Feldberg und Schauinsland. Für knapp 200 000 Euro haben das städtische Gebäudemanagement und das Forstamt den Korrosionsschutz wiederhergestellt sowie die Holztritte und die Holzbeplankung der Plattform erneuert.

Querformat

Aus fremden Welten?

Von surrenden Tönen begleitet senkt sich der Koloss langsam herab. Hell erleuchtet sticht er aus der Dunkelheit einer lauen Oktobernacht heraus. Fast lautlos und überirdisch präzise landen 14 Tonnen Stahlbeton im Herzen einer schlafenden Großstadt. Schemenhaft sind aus der Ferne orangefarbene Gestalten zu erkennen.

Was sich liest wie der Beginn eines Science-Fiction-Romans, handelt eigentlich von der neuen Spindeltreppe an der Freiburger Stadtbahnbrücke. Und Protagonisten des Schauspiels sind dabei nicht etwa Besucher aus fremden Welten, sondern Bauleute im Auftrag des Garten- und Tiefbauamts. Sie haben in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Treppe, die vom Konzerthaus auf die Brücke führt, neu aufgebaut und dafür mit einem Kran eine Betonplatte eingehoben. Diese Platte verbindet nun die Treppe mit der Stadtbahnbrücke – und nicht die Erde mit dem Mars.

Weichenwechsel zwingt Stadtbahnen auf neue Routen

Bis 6. November fahren die Linien 1, 2 und 3 anders

An den Haltestellen „Bissierstraße“ und „Runzmattenweg“ müssen jeweils zwei alte gegen neue Weichen ausgetauscht werden. Das hat Folgen für den Stadtbahnverkehr: Eine Woche lang fahren die Linien 1, 2 und 3 teils auf anderen Wegen. Zusätzlich gibt es einen Schienenersatzverkehr.

Ab Samstag, 29. Oktober, bis Sonntag, 6. November, müssen die Stadtbahnlinien 1 und 3 unterbrochen werden. Die Stadtbahnlinie 1 fährt von Littenweiler zur Haltestelle „Messe“. Die Linie 3 endet aus Vauban kommend am Friedrich-Ebert-Platz. Außerdem wird die von den Bauarbeiten eigentlich gar nicht betroffene Linie 2 in dieser Zeit umgeleitet: Sie fährt von Günterstal kommend zum Europaplatz. Auf den nicht mit der Stadtbahn angedienten Streckenabschnitten der Linien 1 und 3 setzt die VAG Ersatzbusse (Schienenersatzverkehr SEV) ab der Robert-Koch-Straße ein.

Bus statt Bahn

Die SEV-Linie 1 (Linie 71) fährt zunächst durch die Fehrenbachallee und die Lehener Straße und dann weiter über Berliner und Sundgauallee bis zur Wendeschleife „Paduaallee“. Von dort führt die Strecke über die Granadaallee und die Elsässer Straße bis zur Endhaltestelle Moosweiher. Wichtig zu wissen: Die Haltestellen „Rathaus im Stühlinger“, „Runzmattenweg“ und „Moosgrund“ werden in dieser Woche nicht angefahren.

Die SEV-Linie 3 (Linie 73) fährt ab der Robert-Koch-Straße über Fehrenbach- und Sundgauallee zur Bissierstraße. Von hier geht es weiter parallel zur Stadtbahntrasse. Die Ersatzhaltestellen befinden sich jeweils auf Höhe der Stadtbahnhaltestellen beziehungsweise der regulären Bushaltestellen. Auch hier ist zu beachten, dass mit dem „Rathaus im Stühlinger“ und „Runzmattenweg“ zwei Haltestellen nicht angefahren werden können.

Eine Spur weniger

Einschränkungen gibt es auch für den Autoverkehr: Während der Bauzeit steht auf der Berliner Allee in Richtung Sundgauallee nur eine Fahrspur zur Verfügung. Gleiches gilt für den Verkehr in der Sundgauallee bei der Haltestelle Runzmattenweg. Hier gibt es zusätzlich auch eine Ampel zur Verkehrsregelung.

Drei fragen an Bernhard Gutzmer

Radverkehrsbeauftragter

Drei Millionen Fahrräder im laufenden Jahr, über 33 Millionen seit 2012: Die Wiwilibrücke ist einer der Hotspots im Freiburger Radnetz. Wie diese und andere Zahlen zu bewerten sind, haben wir Bernhard Gutzmer vom Garten- und Tiefbauamt gefragt.

1. Fast 12 000 Fahrräder passieren die Zählstelle im Schnitt an Werktagen – bleibt da noch Luft nach oben?

Auf jeden Fall! Auch an Rekordtagen wie im Mai mit knapp 18 000 Radlerinnen und Radlern kann man gut und sicher über die Wiwilibrücke fahren. Da ist auch noch Platz für mehr. Bei den Zufahrten arbeiten wir daran, die Sicherheit und Attraktivität zu erhöhen. Auf der Westseite optimieren wir gerade die Wentzingerstraße – auch für alle, die zu Fuß unterwegs sind. Die Engelbergerstraße haben wir schon zur Fahrradstraße umgebaut. Auf der Ostseite gibt es noch Verbesserungsbedarf, aber die Möglichkeiten sind begrenzt.

2. Aktuell ist das Display schwarz. Werden die Räder trotzdem gezählt?

Das Display ist leider defekt und nicht mehr reparabel. Die Beschaffung eines neuen ist in Arbeit, kann aber etwas dauern. Die Zähltechnik arbeitet aber noch, jede Fahrt wird registriert. Wir sind allen dankbar, die mit ihrer Radfahrt einen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt leisten – und zum Klimaschutz: Wären die 33 Millionen Fahrten mit dem Auto gemacht worden, wären knapp 18 000 Tonnen CO₂ emittiert worden.

3. Die Stadt investiert mit ihrem 16-Millionen-Euro-Programm so viel wie noch nie in den Radverkehr. Zeigen die Zählstellen einen Effekt?

Neben der Wiwilibrücke liefert auch die Zählstelle am FR2, dem Güterbahnradweg, sehr erfreuliche Zahlen. Dort haben wir in den letzten Jahren viel getan, gerade läuft der Ausbau bei der Uniklinik. Die Effekte der Investitionen sind messbar: Der tägliche Durchschnitt hat sich von Zählbeginn 2015 bis 2022 nahezu verdoppelt, jetzt fahren hier 3300 Räder am Tag. Im Mai waren es einmal sogar über 5500. Diese Zuwächse zeigen deutlich, dass der Ausbau der Radwege sinnvoll ist.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Bezahlbar Wohnen 2030 und 2040

Das Thema Wohnen wird auch künftig das Topthema der Stadtentwicklung sein. Das zeigen auch zwei Drucksachen, die schon im Titel auf die Zukunft verweisen: „FSB 2030“ und „FNP 2040“. Die eine beschäftigt sich mit dem kommunalen Wohnungsbauunternehmen, die andere mit dem neuen Flächennutzungsplan. Beide liefern Antworten auf die Frage, in welcher Stadt wir in Zukunft wohnen wollen.

Wohnbau- und Klimaschutzoffensive

Vor zwei Jahren hat der Gemeinderat eine Neuaufstellung der Freiburger Stadtbau (FSB) beschlossen. Ziel ist es, dass die FSB bis 2030 1000 neue Mietwohnungen errichtet, deren Mieten im Durchschnitt mindestens 25 Prozent niedriger liegen als der jeweils gültige Mietspiegel. Durch effizientere Neubauten, klimaneutrale Wärmeversorgung und Holzbau sollen dabei die CO₂-Emissionen um 70 Prozent reduziert werden.

„Wir haben das ambitionierte Vorhaben, sowohl das soziale Problem des Mangels an Wohnraum – insbesondere auch an öffentlich geförderten Wohnungen – anzugehen, als auch die ehrgeizigen Klimaschutzziele der Stadt auf die FSB herunterzubrechen“, so die Fraktionsvorsitzende Maria Viethen. Dieses Wohnungsbauprogramm ist mit hohen Kosten verbunden. Diese sollen durch Darlehensaufnahmen, Grundstückseinlagen der Stadt, Fördermittel sowie durch einen jährlichen Zuschuss der Stadt gestemmt werden. Angesichts der Wohnungsnot sei das eine sinnvolle Prioritätensetzung, so Viethen: „Wir sehen die finanziellen Risiken, wir sind aber zuversichtlich, dass die Gesellschaft und die Stadt dies meistern werden. Wir geben einen Rahmen vor, fahren jedoch auf Sicht: Für jedes einzelne Projekt der Offensive wird vor der Umsetzung die Finanzierung geklärt werden.“

Großer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans wurde eine umfangreiche Wohnungsmarktanalyse und -bedarfsprognose erstellt. Diese zeigt zum einen, dass derzeit bereits ein Nachholbedarf von circa 4000 Wohnungen besteht und – je nach Bevölkerungswachstum – bis 2040 ein Bedarf von etwa 14000 bis 21000 neuen Wohnungen. Durch geplante Baugebiete sowie die Innentwicklung könnten rund 15000 Wohnungen entstehen. Zum anderen wurde geschaut, welche Art von Wohnraum benötigt wird. Dabei wird deutlich, dass es vor allem einen großen Bedarf an bezahlbaren Mietwohnungen und Eigentumsformen sowie an familiengerechtem Wohnraum geben wird. „Vor diesem Hintergrund ist klar, dass Vorhaben wie die Stärkung der Freiburger Stadtbau, die Entwicklung von Dietenbach und der Fokus auf bezahlbares Wohnen richtige und wichtige Schritte sind“, so Maria Viethen.

Neue Verkehrskonzepte

Im letzten Mobilitätsausschuss gab es erfreuliche Nachrichten für die Verkehrswende.

Die Ortsumfahrung Zähringen wurde neu geplant. Statt mehr Flächenversiegelung durch eine vierspurige Isfahanallee soll der Verkehr dort nun weitestgehend zweispurig geführt werden. Der Umbau bleibt ein millionenschweres Infrastrukturprojekt, das Geld ist aber gut investiert, wenn die Zähringer Straße dadurch wirklich verkehrsberuhigt und zum verbindenden Element für den Stadtteil wird. Den Vorschlag der Stadtverwaltung, dazu die Hinterkirchstraße für den Autoverkehr zu sperren, begrüßen wir. Wir sind der Meinung, dass noch weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten, damit die Zähringer Straße kein Schleichweg bleibt.

Zudem wurden die Forderung von Verkehrsinitiativen und Bürgervereinen zur Verkehrsberuhigung der Loretto- und Carl-Kistner-Straße aufgegriffen. Das Garten- und Tiefbauamt wird zeitnah ein Beteiligungsverfahren zur verkehrlichen Neugestaltung des Haslacher Zentrums beginnen. Danach sind Lorettostraße und Umgebung dran. Wir finden es bedauerlich, dass man sich nicht an temporäre Sperrungen für den Autoverkehr traut und es lange dauern wird, bis Veränderungen sichtbar werden. Dennoch begrüßen wir, dass die Umplanung in diesen sensiblen Gebieten unserer Stadt endlich angegangen wird.

Eine Stadt für alle

Stadtbau 2030: Mehr Entlastung wäre nötig!

Wir sind nach wie vor nicht mit der Mietpolitik in Freiburg einverstanden. Die bisher ergriffenen Maßnahmen sind nicht ausreichend angesichts der jahrelangen Mietpreisexplosion und immer weiter steigenden Belastungen.

Mietenstopp jetzt!

Auch wenn die Erweiterung der öffentlichen Wohnungsbestände grundsätzlich in die richtige Richtung geht, stellt das Stadtbau-2030-Programm noch keine Wende dar. Auch deswegen haben wir erneut einen allgemeinen Mieterhöhungsstopp beantragt, so wie Freiburger Mieter:innenbewegung und auch die DGB-Gewerkschaften es immer wieder fordern. Die Notwendigkeit von Entlastungen der Mieter:innen ist heute noch drängender als vor zwei Jahren. Damals hatten diese Forderung bereits 4000 Bürger:innen per Unterschrift an den Gemeinderat gerichtet. Leider wurde das Mietemmoratorium sowohl von der Verwaltungsspitze als auch von der Gemeinderatsmehrheit abgelehnt.

Klares Nein zu immer mehr Verkauf

Grundsätzlich sind die politischen Rahmenbedingungen für kommunale Wohnbaugesellschaften und somit für die Mieter:innen unsozial. Den erweiterten öffentlichen Auftrag und den notwendigen Ausbau der öffentlichen Wohnungsbestände erreicht man nur aus Steuermitteln und nicht durch Mietererhöhungen und Verkäufe. Klar zurückzuweisen war deshalb auch der Antrag der CDU, der eine Erhöhung der Eigentumsquote von 25 auf 40 Prozent vorsah, was zu ca. 400 Mietwohnungen weniger führen würde. Die Finanzierung des öffentlichen Wohnungsbaus auf Basis immer weiterer belastender Mieterhöhungen und durch den Verkauf öffentlichen Eigentums lehnen wir ab. Unter anderem auch deswegen wäre es besser, Eigentumsmaßnahmen der FSB nur in Erbpacht zu machen, um so den dauerhaften Verlust von Grundstücken zu vermeiden. Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt.

Sozialbonus: Das geht besser!

Vollkommen unverständlich ist, dass alle unsere Anträge, die den Sozialbonus verbessert hätten, abgelehnt wurden, obwohl die Verwaltung, wie auch die Gemeinderatsmehrheit, so auf den Sozialbonus setzen. Wir wollten z. B. eine Ausweitung auf alle einkommensberechtigten Mieter:innen sowie den gleichen Preis/qm für Mieter:innen, die ihre zu große Wohnung gegen eine kleinere tauschen wollen, und ebenso eine Mietpreisgarantie für Menschen, die aufgrund von Sanierungen aus ihren günstigen Wohnungen ausziehen müssen. All das hätte mit wenig Aufwand die Situation vieler Menschen deutlich verbessert!

Unsere Fraktion steht auch weiterhin klar an der Seite der Mieter:innen und der Mieter:innenbewegungen in dieser Stadt und wird auch künftig in deren Sinne für kleine und große Verbesserungen streiten.

SPD/Kulturliste

Die Rettung von Multicore ist notwendig

Die Aufgaben des traditionsreichen Vereins Multicore sind vielfältig: Das geht von Proberaumvermittlung, Konzertveranstaltung, Secondhand-Musikequipment, PA-Verleih bis zu Bandbus, Bandpatent, Workshops, Fördergeldercoaching, Musikproduktion oder Creativity Camps. Das Bandfestival Reboot hat nun trotz hoher städtischer Unterstützung ein Minus eingefahren. Dem Verein drohte Insolvenz. Nach einem erfolgreichen Kultursommer 2021 auf drei Bühnen wollte Multicore ein Festival in diesem Jahr an einem Ort zum gewünschten Erfolg für Bands und Publikum führen. Doch die Vorbereitungszeit war zu kurz, es herrschte Corona-Nachzeit, das Publikumsverhalten hat und hatte sich geändert, und es gab eingestandene Fehleinschätzungen. Häme und Kollegenschelte sind hier nicht angebracht!

Im Gegenteil: Der Gemeinderat fühlt sich in der Pflicht, gerade unter ständigen Corona-Einwirkungen die Kulturszene und hier insbesondere die Bandszene am Leben zu halten. Keine Einrichtung soll wegen Corona-Auswirkungen schließen müssen. Es war daher richtig, den Verein durch die Gewährung eines einmaligen Zuschusses für 2022 vor der drohenden Insolvenz zu bewahren. Durch den Beschluss reduzieren sich zugleich die Zuschüsse an Multicore für die kommenden drei Jahre um denselben Betrag. Das ist eine harte Auflage, weil sich damit der finanzielle Spielraum für den Verein sehr einschränkt. Multicore wird sich auf seine Kernaufgaben beschränken müssen.

Stärkung der Bandszene ist angesagt!

Nicht nur der neue Kulturstaatssekretär Arne Braun hat in der BZ jüngst die Bedeutung der Bandszene und der Subkultur hervorgehoben. Gerade auch wir haben wichtige Entscheidungen zur Stärkung dieses Bereichs mitinitiiert. Nachkulturbeauftragte und Popsupport müssen bald mal ihre Bedeutung nach außen tragen! Innovative Produktionen und Vernetzung sollen weiter gefördert werden. Das Musikerhaus muss weiter im Fokus stehen, denn der geplante Bandprobekeller und die derzeit im Gemeinderat diskutierten Modulsysteme können nur Teile eines größeren Ganzen sein. Die Bandszene muss sich auch im neuen „Rat der Künste“ organisieren! Warum nicht endlich die Stadthalle als groß angelegtes (provisorisches) Musikzentrum? Schluss mit dem Leerstand – die Musikschule sucht auch dringend Räume! (Atai Keller)

FSB: Keine nachhaltige Wohnpolitik ohne solide Finanzierung

Die Freiburger Stadtbau braucht eine solide finanzielle Absicherung. Neubau-Eigentümer finanzieren den Mietwohnungsbau mit – das entspricht der Logik eines sich weitgehend selbst-tragenden, seit Jahren bewährten Solidarsystems. Durch Grüne, SPD/Kult und JUPI wird nun sein Kreislauf nach einer denkbar knappen Entscheidung (21 zu 17) gestört. Die Wohnbauoffensive soll 75 Prozent Mietwohnungen und 25 Prozent Eigentumswohnungen erstellen. Die Finanzierungslast trägt somit künftig maßgeblich die Stadt. Unser mit FDP/BfF und FW gestellter Antrag auf ein Verhältnis von 60 Prozent Miet- zu 40 Prozent Eigentumswohnungen hätte ebenso 2500 Wohnungen bereitgestellt und zugleich eine solide Finanzierung der FSB ermöglicht. Eine solche Förderung von Wohneigentum wäre auch langfristig gedachte Wohnpolitik gewesen, da sie etwa für junge Familien das Eigentumsangebot erhöht hätte. Wir setzen uns weiter dafür ein, in einer äußerst angespannten Haushaltslage Spielräume für erforderliche, ökologisch nachhaltige Investitionen zu eröffnen.

Schulessen: Kompromiss – nicht Dogma

In städtischen Kitas und Grundschulen kommt ab dem kommenden Jahr mittags nur noch ein vegetarisches Gericht auf die Teller. Im Kern sollen die Essensausgabe vereinfacht, der Verwaltungsaufwand reduziert und die Kosten akzeptabel gehalten werden. Die Kinder bekommen weiter gesundes und qualitativ hochwertiges Essen. Dieser Kern ist wichtig, und wir sind überzeugt, dass Freiburg durch den reduzierten Fleischkonsum einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Aber: Die Reduzierung des Angebots hätte mit Maß vorgenommen werden müssen. Bei der Neuausrichtung des Schulessens ist ausreichende Akzeptanz entscheidend. Deswegen haben wir uns für mehr Wahlmöglichkeiten an zwei bis drei Wochentagen stark gemacht. Eine Mehrheit im Gemeinderat hat unseren Vorschlag leider abgelehnt. Bisher nehmen 36 Prozent der Kinder am städtischen Schulessen teil. „Unser gemeinsames Ziel muss es aber sein, dass wir diese Zahlen steigern, weil ein gesundes Mittagessen für unsere Kinder so wichtig ist.“ (Dr. Klaus Schüle) Mit der Entscheidung des Gemeinderats halten wir es für fragwürdig, ob dieses Ziel erreicht wird.

Möchten Sie mehr über unsere Arbeit erfahren? Melden Sie sich bei unserem Newsletter an:

www.cdu-fraktion-freiburg.de/anmeldung-newsletter

Jupi

Partnerschaft mit Isfahan einfrieren

Seit Wochen gehen mutige Menschen in unserer Partnerstadt Isfahan auf die Straße, um für Freiheit und gegen Unterdrückung zu kämpfen. Der Protest richtet sich gegen das iranische Regime, das schon in der Vergangenheit immer wieder die Menschenrechte mit Füßen getreten hat. Menschen werden öffentlich hingerichtet, Homosexuelle systematisch verfolgt und ermordet, Frauen tagtäglich misshandelt, unterdrückt und vergewaltigt. Auch unsere offiziellen „Partner*innen“, die politische Elite in Isfahan, sind Teil dieses Regimes und damit auch mitverantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen in Isfahan. Während also in Isfahan die protestierenden Menschen brutal niedergeprügelt werden, versuchen wir hier in Freiburg, den Kontakt zu den Machthabern in Isfahan zu halten, und schreiben Appelle, auf die es keinerlei Reaktion gibt. Wir sagen, es reicht! Wir wollen nicht länger eine Partnerschaft mit denen, die für die brutale Niederschlagung von Protesten (mit)verantwortlich sind. Wir werden daher erneut beantragen, dass die Städtepartnerschaft auf der politischen Ebene auf Eis gelegt wird. Kontakte zur Zivilbevölkerung sollen auch weiterhin gefördert und aufrechterhalten werden, sofern dies in dieser schwierigen Situation möglich ist. Wir können aber nicht Politiker*innen nach Freiburg einladen, die für diese Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich sind, noch können wir uns von ihnen einladen lassen. Wir hoffen, dass wir mit diesem Antrag eine Mehrheit im Gemeinderat überzeugen können. Wir wollen zeigen, dass wir an der Seite derer stehen, die für die Freiheit kämpfen.

Geschäftsführerin (a) gesucht

Wir suchen ab Januar 2023 eine neue Geschäftsführerin (a) (60–80%) für unsere Fraktionsgeschäftsstelle. Die Aufgaben umfassen die politische Beratung unserer Fraktion, administrative Tätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit. Die Stelle bietet spannende Einblicke in die Abläufe in der Kommunalpolitik und ist befristet bis Juli 2024. Wir freuen uns auf Bewerbungen von Personen, die sich mit den Werten unserer Fraktion identifizieren können, bis zum 24.11.22.

Weitere Infos unter www.jupi-freiburg.de

FDP/Bürger für Freiburg

Wohnbauoffensive der Stadt auf Sandgebaut

Fehlender Wohnraum ist eine von Freiburgs drängendsten Herausforderungen. Rund 2500 neue Wohneinheiten will die Stadtbau bis 2030 errichten. Auch wenn unsere Fraktion das Ziel, neue und vor allem bezahlbare Wohnungen zu errichten, unterstützt, können wir die Finanzierung des Projekts nicht mittragen. Die Lösung, die die Stadt anbietet, legt ein kerngesundes Unternehmen an den Tropf des städtischen Haushalts und ist daher auch für die Stadt ein enormes Risiko.

Mindestens 130 Millionen Euro für das Projekt kommen aus dem städtischen Haushalt sowie kommunale Bürgschaften von rund 200 Millionen Euro. Für weitere rund 30 Millionen Euro sind noch keine Geldgeber gefunden, hier gilt das Prinzip Hoffnung auf Bundes- oder Landesförderungen. Sonst muss auch hier der Haushalt einspringen. Insgesamt sind für das Projekt rund 750 Millionen Euro angesetzt.

Die Zahl ist dabei eine sehr optimistische Schätzung: im Entwurf wird eine Inflation der Baukosten von 3,5 Prozent pro Jahr angenommen. In der Realität sind die Baukosten allein im vergangenen Jahr um fast 18 Prozent gestiegen. Sollte der nie dagewesene Fall eintreten, dass ein öffentliches Bauprojekt teurer wird als zuvor geplant, bleiben die zusätzlichen Kosten allein an der Stadt hängen. Auch weigern sich Verwaltung und Mehrheit des Rates, die finanzielle Grundlage des Projekts abzusichern, indem ein größerer Teil der Wohnungen in Eigentum verkauft wird.

Verwaltung und Mehrheit des Gemeinderats wollen gleichzeitig sichergehen, dass Wohnungsbau in Freiburg nur noch staatlich erfolgt. Um zu verhindern, dass neuer Wohnraum durch private Bauträger entsteht, werden Gebiete großzügig mit einem Sammelsurium aus Vorkaufs- und Erhaltungssatzungen belegt. Der Verkauf von städtischen Grundstücken wird kategorisch ausgeschlossen, auch wenn diese keine städtebauliche Relevanz haben.

Eine solide städtische Wohnungspolitik sieht anders aus; aus Sicht unserer Fraktion entlastet jede zusätzliche Wohnung den angespannten Wohnungsmarkt, ob nun zur Miete oder im Eigentum, und unabhängig davon, wer sie baut.

Freie Wähler

Fadenscheinige Argumentation

Das neue Verpflegungskonzept für Kitas und Grundschulen wurde in vier Ausschüssen diskutiert, und mit jedem Mal wurde das Vorhaben der Verwaltung unklarer. Es fehlten Zahlen und Fakten. Und auch der überaus sachkundige Gesamtelternbeirat kritisierte die Verwaltungsvorlage in vielen Punkten. Dennoch wurde in der jüngsten Gemeinderatssitzung mit 27 zu 14 Stimmen für die Vorlage gestimmt.

Mit der Argumentation der Organisationsvereinfachung und Kosteneinsparung wurde vorgeschlagen, nur noch vegetarisches Essen in Grundschulen und Kitas anzubieten. „Es ist nicht nur bei uns der Eindruck entstanden, dass die Verwaltungsvorlage vor allem unter ideologischen Gesichtspunkten formuliert wurde“, so Stadträtin Gerlinde Schrempp, „den Kindern wird vorgeschrieben, was sie zu essen haben.“

Die Freien Wähler haben einen Absetzungsantrag gestellt, damit ein von uns vorgeschlagenes duales Essensangebot geprüft werden kann. Hier wäre den Schülern die Option gegeben gewesen, durch rechtzeitige verbindliche Bestellung ein anderes, nicht vegetarisches Essen zu bekommen. Alle anderen, die keine optionale Bestellung aufgeben, erhalten automatisch das vegetarische Mittagessen. Doch der Antrag wurde abgelehnt.

Auch was die Preisgestaltung angeht, haben wir große Bedenken. Freiburg ist circa einen Euro pro Essen teurer als andere vergleichbare Kommunen. Das wird sich auch mit dem rein vegetarischen Menü nicht ändern, da der Bioanteil von bisher 20 Prozent auf zukünftig 30 Prozent beschlossen wurde. Hier zeigt sich, dass das Kostenargument fadenscheinig war.

AfD

Am falschen Ende gespart!

Dem Gemeinderat ist das Kunststück gelungen, hinterrücks den von Grünen lang ersehnten Veggie-Day einzuführen. Allerdings nicht nur für einen Wochentag, nicht für Erwachsene in einer Kantine, die sie meiden können. Nein, für unsere Kleinsten, für Kinder, die sich nicht wehren können. Für alle Wochen des Schuljahres soll es zukünftig keine Auswahl geben. Der Schüler muss essen, was auf den Tisch kommt. Natürlich wird der Gemüsezwang nicht mit dem begründet, was ihn treibt. Die grüne Lust nach Bevormundung, die Vorstellung, kleine Kinder möglichst früh zu Vegetariern erziehen zu wollen, die linke Unart, alles zu politisieren, hier nun das Essen unserer Kinder. Angeblich geht es um Vereinfachung und Kosten.

Wahlmöglichkeit erhalten – Kosten deckeln

Beides ist vorgeschoben. Das Portal zum Freiburger Schulessen ist nämlich einfach zu bedienen, allenfalls kann man vergessen, Essen zu bestellen. Die Kosten? Ein Witz, sieht man sich die Ausgabenorgien an, zu der dieser Gemeinderat in der Lage ist. Ein Beispiel: Das Defizit für die Verpflegung in Kitas beträgt für 2023 94 000 Euro. Einen ähnlichen Betrag hat die Stadt an den Verein Multicore für ein Musikfestival bezahlt.

Wir haben kein Verständnis für die Erhöhung des Eigenanteils der Eltern, nur damit der Zuschuss der Stadt – so der Plan – von aktuell zwei Euro pro Essen auf 1,70 Euro in 2024 und 2025 sinkt. Wenn höhere Ausgaben gerechtfertigt sind, dann für Familien mit Kindern, für bezahlbares Essen mit Wahlmöglichkeit.

Freiburg Lebenswert

Neubauziele nicht zu erreichen

400 000 Wohnungen will die Bundesregierung pro Jahr neu schaffen, ein ehrgeiziges Ziel, das durch die Energiekrise allerdings in weite Ferne gerückt ist. Die Bau- und Immobilienwirtschaft schlägt daher Alarm. So warnt die IG Bau davor, in einer Phase zunehmender Wohnungsnot beim Neubau auf die Bremse zu treten.

Das verwundert nicht weiter. Umso erstaunlicher ist daher, dass die IG Bau in gleichem Atemzug auch Alternativen zum Neubau anbietet. So biete der Umbau von vorhandenen Nicht-Wohngebäuden zu Wohnungen große Chancen und brauche deutlich weniger Material – deutlich kostengünstiger als Neubau. Darüber hinaus biete die Dachaufstockung bei Wohnhäusern aus der Nachkriegszeit enormes Potenzial, ebenfalls günstiger als jeder Neubau.

Freiburg Lebenswert hat diese sinnvollen Maßnahmen zur Wohnraumbeschaffung immer wieder zur Sprache gebracht, leider hat die Stadt den Neubau stets bevorzugt vorangetrieben. Dabei sieht sogar das Baudezernat in seinem Jahresbericht 2020 für Freiburg gutes Potenzial für den Dachausbau. Demnach können in Freiburg bis zu 3200 neue Wohneinheiten durch Dachentwicklung entstehen.

Freiburg hat mit viel Neubau wenig bezahlbaren Wohnraum geschaffen. Geben wir den günstigeren Alternativen eine Chance!

Ein Dach überm Kopf für die ersten Tage

Notunterkunft für ukrainische Geflüchtete im ehemaligen Obi-Baumarkt

Platz für bis zu 800 Menschen aus der Ukraine bietet die neue Notunterkunft, die das Regierungspräsidium im ehemaligen Obi-Baumarkt in St. Georgen provisorisch eingerichtet hat. Vergangene Woche sind die ersten Geflüchteten dort eingezogen. Sie sollen jeweils nur ein paar Tage bleiben.

Nicht schön, aber zweckmäßig, ist die Notunterkunft eingerichtet. Jeweils vier Personen kommen in zwei Stockbetten in den „Schlafzimmern“ unter. Mit Planen verkleidete Stellwände trennen sie voneinander ab und bieten wenigstens ein bisschen Privatsphäre. Im Erdgeschoss des früheren Baumarkts sollen eher Alleinreisende und Kinderlose unterkommen. Hier sind auch die Essenausgabe und die Verwaltung untergebracht, wo die Neuankömmlinge registriert werden und ihren Ausweis erhalten, mit dem sie das Gebäude jederzeit verlassen und wieder betreten können. Rund um die Uhr vor Ort sind ein Sicherheitsdienst und eine Alltagsbetreuung.

Im Vergleich zum Trubel im Erdgeschoss geht es im Obergeschoss ruhiger zu: „Da bringen wir Familien unter“, erklärte Peter Kramer, der Referatsleiter für Flüchtlingsaufnahme im Regierungspräsidium, beim Pressetermin vor Ort. Oben gibt es auch eine große Freifläche, die früher dem Pflanzenverkauf diente. Jetzt kann sie als Spielplatz genutzt werden und bietet so immerhin ein bisschen Freiraum für die Kinder.

Wie viele Menschen hier unterkommen werden, ist aktuell nicht absehbar. „Wir wollen vorbereitet sein“, sagte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Freiburgs Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach unterstützt sie in dieser Haltung. „Die Situation in der Ukraine verschärft sich.“ Und die Möglichkeiten der privaten Unterbringung seien erschöpft. Als Dauerunterkunft ist der Ex-Baumarkt aber weder vorgesehen noch geeignet: „Das ist sicher keine Unterkunft, in der man länger bleiben kann“, so von Kirchbach. Das ist auch nicht geplant: Mehr als ein paar Tage soll hier niemand verbringen. Von Freiburg aus erfolgt dann die Weiterverteilung in Baden-Württemberg.

Vorerst bis Ende April stellt Unternehmer Peter Unmüßig dem Regierungspräsidium das Gebäude zur Verfügung – mietfrei. Dennoch sind mit der Unterbringung erhebliche Kosten verbunden. Rund 1,2 Millionen Euro hat das Regierungspräsidium investiert, berichtete Peter Kramer. Brandschutz, Elektrik, Sanitäranlagen und die gesamte Ausstattung wurden in kürzester Zeit erneuert, installiert und beschafft. Auch die Stadt Freiburg arbeitet intensiv an einer Erweiterung ihrer Kapazitäten: Die Flüchtlingsunterkunft in Hochdorf wird dieser Tage fertig, weitere Standorte werden gesucht, berichtete von Kirchbach, dem nicht nur die Entwicklung in der Ukraine große Sorgen bereitet. „Wir müssen die Situation im Auge behalten.“

Die S-Bahn soll besser werden

Zukunftskommission „Breisgau-S-Bahn 2030“

Zuverlässiger und enger getaktet: So soll die Breisgau-S-Bahn werden. Gelingen soll das mit der Zukunftskommission Breisgau-S-Bahn 2030. Am 10. Oktober haben Vertreter vom Land Baden-Württemberg, des Schwarzwald-Baar-Kreises und des Zweckverbands Regio-Nahverkehr Freiburg die Gründungserklärung unterzeichnet.

„Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass man sich nach der S-Bahn die Uhr stellen kann“, betonte Verkehrsminister Winfried Hermann bei der Unterzeichnung der Gründungserklärung. Es gelte, verlorenes Vertrauen bei den Fahrgästen zurückzugewinnen und Schritt für Schritt Verbesserungen zu erreichen.

Der Vorstandsvorsitzende des Zweckverbands Regio-Nahverkehr Freiburg und Oberbürgermeister Martin Horn bezeichnete die Weiterentwicklung der Breisgau-S-Bahn als „zentrales Element einer umfassenden Mobilitätswende in unserer Region“. Die Breisgau-S-Bahn hatte in der Vergangenheit einen schweren Stand. Die Betriebsqualität zu stabilisieren, ist nun laut Plan der Zukunftskommission der erste Schritt. Mit dem Projekt Breisgau-S-Bahn 2030 sollen außerdem die Angebote weiter ausgebaut und der Fahrplankontakt in der Region weiter verdichtet werden. Dazu zählt der Ausbau der S-Bahn im Kernraum der Region Freiburg auf einen 15-Minuten-Takt und der Bau weiterer Haltestellen. Darüber hinaus sollen die Bahnen im 30-Minuten-Takt fahren.

Schnell nach Frankreich

Ein wichtiger Baustein ist es außerdem, die grenzüberschreitende Schienenverbindung Freiburg–Breisach–Colmar zu reaktivieren und mit schnellen Verbindungen zu bedienen. Ziel ist zudem, dass es auf der Strecke Freiburg–Titisee–Neustadt–Donauschingen/Villingen/Gäubahn Expressverbindungen gibt. Auch für den derzeit noch stark belasteten Abschnitt der Rheintalbahn soll das Angebot ausgebaut werden.

Hilfe für Blinde bei Bus- und Bahnfahrt

Neue App „VAG Radar“ kostet nichts und bietet viel

Eine neue App der Freiburger Verkehrs AG (VAG) erleichtert Menschen mit Einschränkungen die Fahrt in Bussen und Stadtbahnen. „VAG Radar“ hilft vor allem blinden und sehbehinderten Fahrgästen bei der Orientierung und ist seit Mitte Oktober verfügbar.

„Linie drei, Richtung Haid“: Wer das nicht lesen kann, hat nun die Möglichkeit, es sich über eine App ansagen zu lassen. „VAG Radar“ kündigt an der Haltestelle Busse und Stadtbahnen an, die sich nähern. Bei Störungen oder Umleitungen werden die abweichenden Fahrtziele angegeben. Damit das klappt, hat die VAG ihre Busse und Bahnen mit Bluetooth ausgestattet.

Während der Fahrt zeigt die App die einzelnen Haltestellen an, und ein Bildschirmleseprogramm macht diese Information dann hörbar.

Vom Smartphone aus kann für die nächste Haltestelle der Haltewunsch betätigt werden. Diese Funktion können natürlich auch Fahrgäste nutzen, die im Rollstuhl sitzen oder etwas unsicher auf den Beinen sind.

Das Aktivieren des Knopfes in der App bewirkt, dass sich die Tür nicht automatisch nach rund drei Sekunden schließt, sondern länger geöffnet bleibt.

Mit der App wird ein akustisches Signal über der Tür ausgelöst, das den Fahrgast zur offenen Tür führt. Außerdem wird über die App bei den Stadtbahnen automatisch immer die mittlere Tür geöffnet, bei den Bussen die zweite Tür von vorne.

Rückmeldung erwünscht

Ramon Kathrein, Mitglied des Gemeinderats, hat die App bereits ausprobiert: „Für uns Blinde und Sehbehinderte ist VAG Radar eindeutig eine weitere Erleichterung, um uns im öffentlichen Nahverkehr in Freiburg orientieren zu können. Zusammen mit der VAG arbeiten wir daran, dieses hilfreiche Produkt in den kommenden Monaten noch weiter zu optimieren.“

Der Blinden- und Sehbehindertenverein Südbaden hat die VAG bei der Entwicklung und Einführung des neuen Angebots beraten. Mischa Knebel, der Geschäftsführer des Vereins, wünscht sich „viele Rückmeldungen dazu, was passt und was vielleicht noch verändert werden könnte“. Auch der Behindertenbeirat hat die Entstehung der App konstruktiv begleitet.

Die App ist barrierefrei und unterstützt zahlreiche Bedienhilfen. Der benötigte Screenreader unter Android heißt TalkBack. Unter iOS heißt er Voice Over.

Zum Schutz vor Zweckentfremdung

Ferienwohnungen müssen registriert werden

In den kommenden Wochen wird das Team des Baurechtsamts Ferienwohnungen in Freiburg überprüfen. Auf diese Weise will es herausfinden, ob durch Ferienwohnungen Wohnraum verbotenerweise zweckentfremdet wird.

Bei der Überprüfung werden die Betreiberinnen und Betreiber von registrierten Ferienwohnungen in Freiburg kontaktiert und darum gebeten, weitere Informationen zu ihren Ferienwohnungen mitzuteilen – etwa nach Beginn und Umfang der Ferienwohnungsnutzung, der Auslastung und den angebotenen Leistungen.

Wohnraum erhalten

Hintergrund der Überprüfung ist das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Es gilt in Freiburg seit Februar 2014 und soll vorhandenen Wohnraum schützen und erhalten – was in der aktuellen Situation mit Baukostensteigerungen und Materialknappheit besonders wichtig ist. Eine verbotene Zweckentfremdung liegt unter anderem vor, wenn Wohnraum nicht nur vorübergehend gewerblich genutzt wird, zum Beispiel als Ferienwohnung.

Seit dem 1. Januar 2022 besteht in Freiburg zusätzlich eine Registrierungspflicht für Ferienwohnungen. Das bedeutet, dass Ferienwohnungen nur noch angeboten und vermietet werden dürfen, wenn sie registriert sind und die Registrierungsnummer in der Annonce angegeben wird.

Registriert werden muss sämtlicher Wohnraum, der für eine Fremdenbeherbergung genutzt wird, unabhängig davon, ob hierfür eine Zweckentfremdungsgenehmigung erforderlich ist oder nicht. Das sind zum Beispiel Pensionen, Gäste- und Monteurzimmer. Zur Vereinfachung werden sie unter dem Begriff „Ferienwohnung“ zusammengefasst.

Geldbuße droht

Die großen Betreiberplattformen wurden durch die Stadt über die neue Regelung informiert und gebeten, ihre Kunden ausdrücklich darauf hinzuweisen. Durch ihre Mitwirkung konnten schon viele Ferienwohnungen registriert werden. Ferienwohnungen, die ohne Registrierungsnummer angeboten werden, können gesperrt, gelöscht oder mit einer Geldbuße geahndet werden.

Die Registrierung ist kostenlos, geht schnell und ist online unter www.freiburg.de/ferienwohnung möglich. Dort finden sich auch weitere Informationen zur Registrierungspflicht. Infos zum Zweckentfremdungsverbot gibt es unter www.freiburg.de/zweckentfremdung

Flächennutzungsplan auf nächster Etappe

Beratungen im Gemeinderat laufen

Er ist das Drehbuch der künftigen Stadtentwicklung: Der Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan 2040 legt fest, wie die Flächen auf Freiburger Gemarkung künftig genutzt werden. Wo ist Platz für Wohnen oder Gewerbe, wo stehen Freizeit und Erholung im Vordergrund, wo braucht es Verkehrswege, wo geht es um Natur- und Klimaschutz?

Flächengenaue Antworten auf diese Fragen gibt es noch nicht, aber viele der umfangreichen Vorarbeiten sind mittlerweile erledigt. Mit dem Beschluss für ein Zukunftsszenario erreicht der Prozess zur Neuaufstellung des FNP jetzt ein weiteres wichtiges Etappenziel. Der gemeinderätliche Bauausschuss hat am vergangenen Mittwoch über die insgesamt vier Informations- und Beschlussvorlagen diskutiert. Ende November steht das Thema im Haupt- und Finanzausschuss auf der Tagesordnung. Am Nikolaustag wird der Gemeinderat dann abschließend beraten und entscheiden.

Im Vergleich zu früher ist Flächennutzungsplanung wesentlich komplexer geworden. Während es in der Vergangenheit – überspitzt formuliert – reichte, die Bevölkerungsentwicklung grob abzuschätzen und entsprechend Flächen für den Neubau auszuweisen, sind die Anforderungen heute deutlich schwieriger. Allen voran der Klima- und Artenschutz setzen enge Grenzen; flächensparende Siedlungsentwicklung ist das Gebot der Zeit. Dazu kommen Risiken und Unsicherheiten, die mit Flucht, Migration oder Wirtschaftskrisen einhergehen und auf die eine Stadtentwicklung möglichst vorbereitet sein sollte. Und selbstverständlich muss bei allem auch die soziale Balance gewahrt werden, indem das Leben in der Stadt für alle bezahlbar bleibt. Wie groß diese Herausforderung ist, zeigen die Ergebnisse der Wohnungsmarktanalyse und -bedarfsprognose, die die Verwaltung jetzt ebenfalls dem Gemeinderat vorstellt. Kurz zusammengefasst lautet deren Fazit, dass sowohl bei geringem wie auch starkem Bevölkerungswachstum ein Bedarf an zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum besteht.

Eine Konsequenz daraus ist jetzt schon klar: Viele Flächen werden künftig mehrere Funktionen erfüllen müssen. Trotzdem, so die Informationsvorlage zum aktuellen Sachstand, wird Freiburg „nicht gänzlich ohne neue Flächen für Wohnen und Gewerbe“ auskommen. Eine Frage treibt die Planerinnen und Planer derzeit besonders um: Wie kann Bodenmarktspekulation verhindert werden, sobald konkrete Flächen in die öffentliche Diskussion kommen? In der Vergangenheit war genau das passiert – jetzt soll in einem planerischen Zwischenschritt geprüft werden, welche Instrumente der Stadt zur Verfügung stehen, um diese ungewünschte Entwicklung zu verhindern. Für Baubürgermeister Martin Haag ist die Aufgabe klar: „Wir brauchen ausreichend verfügbare Wohnbauflächen zu vertretbaren Preisen. Das ist entscheidend, wenn Bauen und Wohnen für alle bezahlbar und attraktiv bleiben soll.“

Über die Debatte und den Beschluss im Gemeinderat berichtet das Amtsblatt im Dezember.

„750-Millionen-Euro-Wumms“

Gemeinderat beschließt Finanzkonzept für das Projekt „FSB 2030“

Einig im Ziel, aber uneins über den Weg zeigte sich der Gemeinderat in der Frage, wie die Freiburger Stadtbau ihre ehrgeizigen sozialen und ökologischen Ziele erreichen kann. Letztlich stimmte eine stabile, aufgrund zahlreicher Erkrankungen aber relativ knappe Mehrheit dem Finanzkonzept für das 750-Millionen-Euro-Programm zu.

70 Prozent CO₂-Einsparung, Mieten dauerhaft mindestens 25 Prozent unter dem Mietspiegel, ein Sozialbonus für die weniger betuchten Haushalte und trotzdem 2500 neue Wohnungen bis 2030 – was wie eine Quadratur des Kreises anmutet, sind die Kernpunkte des Zukunftskonzepts „FSB 2030“. Gut zwei Jahre nach dessen Beschluss hat die Verwaltung jetzt vorgelegt, wie sich die neu eingeführten Sozialkomponenten im Alltag bewährt haben und wie das ambitionierte Wohnbau- und Klimaschutzprogramm finanziert werden soll.

Sozialbonus ist wirksam...

Erfreuliche Ergebnisse zeigt die Auswertung der FSB-Mietengrenze und des Sozialbonus. Zwar sind auch die Mieten bei der Stadtbau gestiegen; mit 3,5 Prozent liegt der Anstieg aber deutlich unter dem Mietspiegelwert von rund 13 Prozent. Der Abstand zwischen FSB- und Mietspiegelmieten hat sich dadurch sogar noch erhöht; die Differenz lag 2019 noch bei knapp 27 Prozent, 2021 waren es 33,7 Prozent. Dort, wo Mieterhöhungen ausgesprochen wurden, griff der Sozialbonus. Er begrenzt Mieterhöhungen so, dass die antragstellenden Haushalte maximal 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen. Fast 200 Haushalte haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, in der Hälfte der Fälle mit Erfolg. 83-mal wurde auf die Mieterhöhung vollständig verzichtet, 18-mal wurde sie reduziert. Bei den knapp 100 abgelehnten Fällen war zu zwei Dritteln eine zu große Wohnung der Grund, meist bei älteren Menschen, deren Kinder ausgezogen oder bei denen Partner verstorben waren. Gut ein Drittel derer, die vergeblich einen Sozialbonus-Antrag stellten, hatten ein zu hohes Einkommen.

Positiver Nebeneffekt des Sozialbonus-Verfahrens: Weil zum Einkommensnachweis ein Wohngeldbescheid erforderlich ist, wurden viele Haushalte quasi zu ihrem Glück gezwungen. 79 von 215 Haushalten, die einen Wohngeldantrag stellten, bekommen jetzt auch Geld. 15 Anträge sind noch nicht entschieden. Die restlichen Haushalte haben entweder ein zu hohes Einkommen oder ihren Antrag zurückgezogen.

...aber kostet Geld

Mit der Einführung des Sozialbonus sind Mindereinnahmen durch den Verzicht auf Mieterhöhungen sowie Personal- und Sachkosten zur fachlichen Bearbeitung verbunden. Anhand der aktuellen Fallzahlen liegen die jährlichen Mindereinnahmen bei rund 44 000 Euro; dazu kommen Sach- und Personalkosten von rund 35 000 Euro.

Unterm Strich zieht die Verwaltung ein positives Fazit: Eine Umfrage belegt, dass der Sozialbonus weithin bekannt ist und die gesteckten Ziele erreicht. Unbefriedigend ist aber die Situation der Haushalte, die aufgrund einer zu großen Wohnung keinen Bonus erhalten. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Haushalte zum Teil aus unbegründeter Angst vor Wohnungsverlust auf einen Wohngeldantrag verzichtet haben – dabei spielt die Größe der Wohnung hier gar keine Rolle.

784 Millionen erforderlich

Um wesentlich größere Summen als beim Sozialbonus geht es bei der Wohnbau- und Klimaschutzoffensive. Um 2500 Wohnungen bis 2030 neu zu bauen sowie Bestandswohnungen energetisch zu modernisieren, sind auf der Basis heute abschätzbarer Parameter und Entwicklungen rund 784 Millionen Euro erforderlich. Weil für den Neubau teils auch sanierungsbedürftige Wohnungen abgerissen werden und ein Viertel der Wohnungen als Eigentumswohnungen entstehen, erhöht sich der FSB-Wohnungsbestand insgesamt um etwa 1000 Wohnungen.

Die Finanzierung dieses umfangreichen Pakets ruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Gut 630 Millionen Euro nimmt die Stadtbau über Kredite auf. Weitere fast 130 Millionen Euro sind als Einlagen der Stadt geplant – zum größten Teil über Grundstücke, die von der Stadt an die Stadtbau gehen. Ein in Anbetracht der Gesamtsumme kleiner, für sich genommen aber doch erheblicher Betrag ist Stand jetzt noch nicht gedeckt. Für diese rund 27 Millionen Euro sollen, so die Beschlussvorlage des Gemeinderats, „zusätzliche Förderquellen erschlossen werden“. Namentlich genannt sind in diesem Zusammenhang der städtische Klimaschutzfonds oder Erweiterungen von Bundes- und Landesförderungen. Angesichts der 400 000 neuen Wohnungen, die die Bundesregierung deutschlandweit jedes Jahr bauen will, scheint diese Hoffnung auch nicht unbegründet, wie Oberbürgermeister Martin Horn vor der Abstimmung anmerkte.

Grundsatzstreit im Rat

Die gemeinderätliche Aussprache eröffnete für die Grünen Maria Viethen. Sie machte keinen Hehl daraus, dass der prognostizierte Kapitalbedarf „gigantisch“ sei, letztlich müssten sich aber „alle entscheiden, welche Prioritäten wir setzen wollen“. Klimaschutz und bezahlbares Wohnen dürfe man nicht gegeneinander ausspielen. „70 Prozent CO₂-Reduzierung ist einfach ein Wort!“ Gemeinsam mit Jupi, SPD/Kulturliste und FL beantragte sie, auch Mieterinnen und Mieter zu großer Wohnungen in den Sozialbonus einzubeziehen – mit Erfolg.

Lina Wiemer-Cialowicz von Eine Stadt für alle äußerte Zustimmung, aber auch Bedenken. Einerseits sei eine Reihe wichtiger Maßnahmen ergriffen worden, andererseits bestünden weiterhin viele Bedenken. Im Ergebnis gab es sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung und Enthaltungen aus ihrer Fraktion.

Für die SPD/Kulturliste sprach Julia Söhne und bediente sich einer Kanzler-Floskel. Ein „750-Millionen-Euro-Wumms“ sei das FSB-Konzept – nicht zu viel und nicht zu wenig, „sondern genau richtig“. Forderungen, die FSB-Finanzierung durch einen höheren Anteil neu gebauter Eigentumswohnungen zu verbessern, erteilte sie eine Absage. „Wir brauchen jede einzelne Mietwohnung.“ Dem pflichtete Simon Sumbert von der Jupi-Fraktion bei. Die „wahnsinnige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt“ könne man zwar ebenso wenig stoppen wie man sie verantworte, aber „wir können dort helfen, wo die Not am größten ist“.

Kritik an der Finanzierung

Den Befürwortern des Finanzierungskonzepts wünschte Carolin Jenkner von der CDU ein „Ankommen in der Realität der Finanzierung“. Mit einer höheren Eigentumsquote könne die Stadtbau finanziell unabhängiger agieren und damit schneller vorankommen. „Ein Ziel allein schafft noch keinen bezahlbaren Wohnraum.“ Christoph Glück von der FDP/BfF-Fraktion sowie Johannes Gröger von den Freien Wählern untermauerten diese Argumentation. An den „Tropf des städtischen Haushalts gehängt“ bezeichnete Glück die Stadtbau, die dadurch zu einem „massiv subventionierten Unternehmen“ werde. „Mit Wumms an die Wand und in die Hände des Insolvenzverwalters“ sah Gröger die Stadtbau fahren. Die von den drei Fraktionen beantragte Erhöhung des Eigentumsanteils von 25 auf 40 Prozent fand aber keine Mehrheit.

Obwohl sich im Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, alle einig seien, lehnte auch die AfD die Vorlage ab. Schlicht „unseriös“ finanziert und „klimaideologisch überfrachtet“ sei das Stadtbau-Konzept, sagte AfD-Stadtrat Detlef Huber. Ohne seine Position zu begründen, schloss sich auch FL-Stadtrat Wolf-Dieter Winkler der Nein-Fraktion an.

Die unterlag in der Schlussabstimmung mit 17 zu 21 Stimmen den Befürwortern knapp; bei Anwesenheit aller erkrankten Ratsmitglieder wäre der Abstand aber wohl deutlicher ausgefallen.

Gemeinderat in Kürze

Bewerbung als KI-Exzellenzzentrum

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass sich die Stadt gemeinsam mit der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH als regionales Exzellenzzentrum für Künstliche Intelligenz beim Land Baden-Württemberg bewirbt. Freiburg hatte sich 2021 als Standort für den „Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg“ beworben, war damals aber nicht zum Zuge gekommen – ausgewählt wurde Heilbronn. Darüber hinaus will das Land aber auch regionale KI-Exzellenzzentren fördern, dafür bewirbt sich die Stadt jetzt. Außerdem möchte sie der Genossenschaft „KI-Allianz BW“ beitreten: Darin setzen sich mehrere Städte partnerschaftlich für den Auf- und Ausbau eines landesweiten Netzwerks von dezentralen KI-Leuchttürmen ein. Diese Absicht haben die Ratsmitglieder zustimmend zur Kenntnis genommen.

Weitere Förderung für Freiburg-RESIST

Um das Projekt „Freiburg-RESIST“ weiterführen zu können, hat sich die Stadt für eine Anschlussförderung beim Bund beworben. Seit Mitte 2021 arbeiten das städtische Amt für Digitales und IT, das Fraunhofer Ernst-Mach-Institut und das Centre for Security and Society der Universität Freiburg gemeinsam mit Feuerwehr und Polizei daran, ein Resilienzmanagementsystem zu entwickeln. Dieses soll bei Großveranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt oder dem Freiburg-Marathon frühzeitig Gefahrenlagen erkennen und die Koordination von Einsätzen, etwa von Evakuierungen, unterstützen. Mit der Anschlussförderung in Höhe von rund sechs Millionen Euro, verteilt über vier Jahre, sollen die entwickelten Konzepte mit den Partnern umgesetzt und erprobt werden.

FNP-Änderung in der Offenlage

Für den Bau des neuen Stadtteils Dietenbach ist es erforderlich, die im aktuellen Flächennutzungsplan zur landwirtschaftlichen Nutzung ausgewiesenen Flächen als Siedlungsflächen darzustellen. Die dafür erforderliche Änderung ist kein simpler Verwaltungsakt, sondern an eine Vielzahl von Vorschriften gekoppelt. Unter anderem war der Nachweis zu erbringen, dass die Ausweisung von Siedlungsfläche in diesem Umfang erforderlich ist und an keiner anderen Stelle im Stadtgebiet realisiert werden kann. Das Verfahren für die FNP-Änderung befindet sich jetzt auf der Zielgeraden; die Entwürfe des Plans, der Begründung sowie des Umweltberichts hat der Gemeinderat am vorvergangenen Dienstag mit sehr großer Mehrheit zur Offenlage beschlossen. Der finale Feststellungsbeschluss soll im Herbst 2023 gefasst werden.

Rechtsamt mit neuer Leitung

Sabine Recker wird neue Leiterin des Rechtsamts. Der Gemeinderat wählte die bisherige Leiterin des Referats für bezahlbares Wohnen in seiner jüngsten Sitzung. Sie wird ihre neue Funktion zum Jahresbeginn 2023 antreten. Der bisherige Rechtsamtsleiter Matthias Müller wird zum 1. Januar kaufmännischer Geschäftsführer der Freiburger Stadtbau. Die 45-jährige Juristin ist seit 2006 bei der Stadtverwaltung und war ab 2013 in leitender Funktion beim Rechtsamt tätig. 2019 wurde sie Leiterin des Referats für bezahlbares Wohnen, und seit 2020 leitet sie zudem die Projektgruppe zur Quartiersentwicklung Kleineschholz.

Unterbringung Wohnungsloser

Die Verwaltung hat den Gemeinderat mit einem Grundsatzpapier über die Vermeidung der Unterbringung Wohnungsloser in Wohnheimen informiert. Darin ist aufgeschlüsselt, wie die aktuellen Kapazitäten zur Unterbringung in Wohnungen sind, und wie neuer Wohnraum geschaffen werden kann. So plant die Freiburger Stadtbau (FSB) den Bau von 44 Kleinstwohnungen und zehn Prozent der bei der FSB pro Jahr freiwerdenden Wohnungen sollen an wohnungslose Personen vermietet werden.

Die Verwaltung übernimmt zudem folgende Punkte aus Ergänzungsanträgen der Fraktionen: Im Jahr 2023 soll es eine Fachtagung zum Thema „Housing First“ geben. Bei Baumaßnahmen wird die FSB verstärkt auf flexible Grundrisse achten, die ein Zusammenlegen kleinerer Wohnung zu größeren ermöglichen. Und sie wird bei der Entwicklung von Kleineschholz und Dietenbach ausreichend Wohnraum für Familien einplanen. Außerdem soll die FSB bei der Vergabe von Wohneinheiten wohnungslose Familien mit mehr als fünf Personen besonders berücksichtigen und dafür zusätzlichen Wohnraum bereitstellen.

Gehwegreinigung wird teurer

Teile der Innenstadt und des Stadtteils Stühlinger werden auf Kosten der Anlieger von der ASF gereinigt. Spätestens alle zwei Jahre müssen die Gebühren für die Gehwegreinigung überprüft werden. Höhere Personal- und Materialkosten führen jetzt zu einer Steigerung von knapp sieben Prozent in den Reinigungsklassen „Täglich“ in der Innenstadt sowie „An 3 Tagen“ im Stühlinger. Die Erhöhung wurde ohne Debatte und einstimmig beschlossen. Sie gilt ab 1. Januar 2023.

Einmütig für Westbad-Zuschuss

Große Unterstützung für das Freibad West: Einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen, für die Modernisierung und Erweiterung des Westbads einschließlich eines neuen Außenbeckens einen Förderantrag beim Bund zu stellen. Der hat jüngst

ein neues Zuschussprogramm vorgestellt, das für die „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ bis zu 45 Prozent der Kosten übernimmt (wir berichteten). Über den städtischen Eigenanteil der aktuell insgesamt auf rund 7,9 Millionen Euro geschätzten Sanierung müsste der Gemeinderat dann im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen entscheiden – sofern es mit dem Bundeszuschuss klappt. Das Modernisierungskonzept enthält neben dem Freibecken vor allem auch eine umfassende energetische Aufrüstung mit Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen sowie die vollständige Barrierefreiheit des Bades.

Zuschuss für die Steinriedhalle

Aus demselben Bundesprogramm, von dem man sich eine Unterstützung für die Modernisierung des Westbads erhofft, könnte auch die Sanierung der Steinriedhalle samt Ersatzbau für die Radsporthalle in Waltershofen gefördert werden. Ein entsprechender Zuschussantrag dazu ist bereits eingereicht, jetzt hat auch der Gemeinderat dazu seine Zustimmung erteilt. Der einstimmige Beschluss gilt aber nur für die Teilnahme am Förderprogramm – eine Grundsatzentscheidung für das Gesamtprojekt ist damit noch nicht verbunden.

(Gemeinderat, 18.10.)

Bald am Ziel

Letzter Bauabschnitt der Ochsenbrücke

Die Sanierung der Ochsenbrücke ist in der finalen Phase. Seit vorigem Montag läuft der letzte Bauabschnitt, der nochmals veränderte Verkehrsbeschränkungen mit sich bringt. Doch ein Ende ist in Sicht: Bereits Mitte Dezember soll alles fertig sein.

Bis dahin ist es aber nicht mehr möglich, von der Ochsenbrücke kommend in die Ferdinand-Weiß-Straße abzubiegen. Auch die Auffahrt auf den Autobahnezubringer B 31a ist von der Brücke sowohl von Haslach wie vom Stühlinger aus gesperrt. Wer aus Richtung Umkirch kommt, kann gar nicht auf die Ochsenbrücke abbiegen. Von Osten kommend ist das immerhin in den Stühlinger möglich, aber nicht nach Haslach.

Das Befahren der Brücke selbst ist zwar etwas eingeschränkt, aber allen Verkehrsarten gestattet: Der Rad- und Kfz-Verkehr wird auf der Ochsenbrücke in jeweils beiden Fahrtrichtungen auf dem gleichen Fahrstreifen geführt.

Insgesamt kostet die Sanierung rund zwei Millionen Euro.

www.freiburg.de/ochsenbruecke

L 124: Holzernte stört Verkehr

Noch bis Freitag, 25. November, führt das Forstamt mit dem Garten- und Tiefbauamt entlang der L 124, der Schauinsland-Rennstrecke, Holzerntearbeiten durch. Auf dem Straßenabschnitt zwischen der Brünnelekurve (dort quert die Schauinslandbahn die L 124) und der Weißfelsenkurve (1,5 km bergwärts der Brünnelekurve) ist mit Behinderungen des Verkehrs zu rechnen; Wartezeiten bis zu 20 Minuten sind möglich. Die Behinderungen bestehen wochentags zwischen 8 und 16.30 Uhr. Abends und an den Wochenenden ist die Strecke ohne Einschränkungen befahrbar.

„Alte Schule, neues Haus“

Saniert und erweitert: Adolf-Reichwein-Bildungshaus feiert seine neuen Räume

Nach fast sieben Jahren Sanierung ist das Adolf-Reichwein-Bildungshaus fertig, und Kinder und Lehrkräfte freuen sich über ihren neuen Lern- und Arbeitsort. Holz und Helligkeit prägen die Räume.

„Alte Schule, neues Haus, du siehst jetzt ganz anders aus. Neue Räume, echt ein Glück, alles glänzt so schön schick“, singt die vierte Klasse fröhlich strahlend. Das Adolf-Reichwein-Bildungshaus in Weingarten feiert seine neuen Räume, die nach Abschluss der Sanierung nicht nur die Bauleute und Planer überzeugen, sondern vor allem auch die Kinder und Lehrkräfte. Wer vor Ort ist, spürt und sieht das.

Der Massivholzbau ist der neue Lernort von 510 Grundschülerinnen und -schülern aus mehr als 80 Nationen und beherbergt außerdem eine Kita und ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum. Schulbürgermeisterin Christine Buchheit wies darauf hin, dass Weingarten ein Stadtteil sei, in dem Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen wohnen. Diese Vielfalt treffe sich im Adolf-Reichwein-Bildungshaus. Bei der Eröffnung brachte Buchheit auf den Punkt, weshalb Planer, Bauleute und Verwaltung alles gegeben haben: „Es ist nicht egal, wo unsere Kinder ihre Zeit verbringen.“ Entstanden ist eine Schule, „in der wir uns wohlfühlen“, so Schulleiter Johannes Schubert.

Der Alltag

Almut Wölbling, Klassenlehrerin einer vierten Klasse, führt mit ihrem Schüler Christian durch die neuen Räume. Sie lobt vor allem die kleinen Lösungen, die sich in der Praxis bewähren. „Seitdem jeder Schulranzen einen Platz im Regal hat, stolpere ich nicht mehr.“ Christian mag besonders die Kuschelecke mit Kissen und die Tablets, welche die Kinder unter Aufsicht benutzen dürfen. Vom Klassenzimmer geht es ins große Foyer, in dem sich das Herz des Bildungshauses befindet. Das Rondell aus Holz in der Mitte des Raums bietet auf der Empore eine Bibliothek und unten kleine Kojen zum Lesen und Lernen. Wer von hier aus nach draußen schaut, blickt auf einen Parcours zum Spielen und Toben und auf eine kleine Baustelle – hier entsteht der neue Schulgarten.

„Es ist ein Privileg, hier zu arbeiten“, fasst die Lehrerin stolz zusammen. Und ohne Übertreibung lässt sich dem anfügen: Es ist ein Privileg, hier zu lernen.

Die Sanierung

Im Juli 2013 hatte sich ein Preisgericht für den Entwurf des Architektenbüros Riehle+Assoziierte aus Reutlingen entschieden, im Dezember 2015 folgte der Spatenstich für den Neubau, im Juni 2019 begann die Sanierung des bestehenden Kreuzbaus. Fast sieben Jahre lang wurde also an der Bugginger Straße gebaut. Zuerst fertig wurde im Dezember 2021 das dreiflügelige Gebäude im Süden; dann im Frühjahr 2022 die Grundschule, der schmucke Holzbau mit neuem Foyer, Verwaltung und der Bibliothek in einer sehenswerten Rotunde. In diesem Mai konnten die Schulklassen ihre Zimmer im Kreuzbau beziehen. Bald sind auch die Arbeiten an den Außenanlagen abgeschlossen. Das Gebäudemanagement hat in diesem Sommer den einstmaligen tristen Außenbereich mit Bewegungslandschaften, Sitzquartieren und Bäumen aufgemöbelt.

Der Planer Hans Bühler vom Architekturbüro sprach mit Begeisterung vom Massivholzbau und seinem Baustoff: „Die 40 Kubikmeter, die wir hier verbaut haben, wachsen in Deutschland in zwanzig Minuten nach.“ Das Großprojekt sei gekennzeichnet durch „Lust nach Lösungen, Neugierde und Vertrauen“ aller Beteiligten. Auch Baubürgermeister Martin Haag freut sich: „Dies ist eines der größten Schulbauprojekte Freiburgs – und wir sind stolz darauf.“

Der Neubau ist bereits mehrfach ausgezeichnet: Zuletzt erhielt er 2021 den Hugo-Häring-Preis, vor zwei Wochen kam die Auszeichnung für beispielhaftes Bauen hinzu. Insgesamt hat die Stadt wie geplant 16,3 Millionen Euro in die Generalsanierung der Schule investiert.

Da ist noch Platz im Altglasontainer!

Sensoren der ASF messen Füllstände

Seit 2020 überwacht die Badenova in einem gemeinsamen Projekt mit der ASF die Füllstände von rund 50 Altglascontainern mit Sensoren. Da das gut funktioniert, gibt es nun 50 weitere intelligente Container.

Überquellende Altglascontainer? Das gibt es in Freiburg immer seltener. Seit 2020 sind 50 Glascontainer der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg (ASF) mit Sensoren ausgestattet, die erfassen, wie voll die Container sind. Mit der „LoRaWAN“-Technologie (siehe Infokasten) übermitteln die intelligenten Container diese Daten dann mehrmals täglich an die ASF. Diese nutzt die Informationen, um die Routen der Sammelfahrzeuge zu verbessern. Besonders in wenig frequentierten Außenbezirken mit langen Fahrtwegen lohnt sich das. Ein Container, der noch nicht voll ist, muss nicht geleert werden, und am Opfinger See fällt an einem warmen Sommerabend mehr Altglas an als bei Regenwetter. So reduziert der Einsatz der Technologie Emissionen und macht zudem vielen Bürgern und Bürgerinnen das Entsorgen ihres Altglases leichter.

Da das bisher sehr gut klappt, weitet die ASF das Projekt nun aus und stellt 50 zusätzliche Glascontainer im Freiburger Raum auf. ASF-Geschäftsführer Michael Broglin fasst zusammen: „Unser Ziel ist es, durch die gewonnenen Daten Touren zu optimieren und später auch automatisch zu planen. Durch die Stellung weiterer intelligenter Container kommen wir diesem Ziel einen wesentlichen Schritt näher.“

Kurz gemeldet

Sirenenprobe am 29. Oktober

Zwei Signale sind bei der Sirenenprobe am Samstag, 29. Oktober, von 10 bis 10.15 Uhr im Stadtkreis zu hören: Ein 60 Sekunden lang auf- und abschwelliger Heulton signalisiert „Rundfunkgerät einschalten, auf Durchsagen achten“. Mit der „Entwarnung“, einem Dauerton von 60 Sekunden Länge, wird der Test beendet. Da es sich nur um eine Erprobung der Warngeräte handelt, erfolgen im Rundfunk keine Durchsagen.

Sirenenproben finden zweimal jährlich statt, in der Regel Ende März und Ende Oktober. Damit werden die Warngeräte auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft, und die Bevölkerung wird über die Bedeutung der Signale informiert. Nur so kann das Amt für Brand- und Katastrophenschutz gewährleisten, dass Bürgerinnen und Bürger bei Großschadensereignissen gewarnt und wichtige Informationen schnell weitergegeben werden. Im Ernstfall soll man die Nachbarn über die Sirenenwarnung informieren und das Radio einschalten.

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz bittet um Mitteilung, falls eine Sirene nicht auslöst: www.feuerwehr-freiburg.de/sirenen

Infos zu Mobilität und Photovoltaik

Was es bei Solarenergie zu beachten gilt und wie der Sonnenstrom in den Tank kommt, darum geht es bei einer Infoveranstaltung am Dienstag, 15. November, von 18.30 bis 20.30 Uhr im Onlineformat.

An dem Abend werden die wichtigsten Schritte zur eigenen Photovoltaikanlage erklärt. Ein Schwerpunkt liegt anschließend darauf, wie mit der zu Hause gewonnenen Energie E-Autos geladen werden können. Fachleute geben einen Einblick, was es bei Planung, Kauf und Betrieb einer Lade-Infrastruktur zu beachten gibt. Zudem gibt es Infos rund um das Förderprogramm „Klimafreundlich wohnen“, über das Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher bezuschusst werden können.

Anmeldung: www.earf.de oder per Telefon unter 0761/79 17 70

Tagesvater werden

Der Tagesmütter-Verein richtet sich im November mit einer Infoveranstaltung gezielt an potenzielle Tagesväter. Am Mittwoch, 23. November, von 10 bis 12 Uhr und am Donnerstag, 1. Dezember, von 19.30 bis 21.30 Uhr erfahren interessierte Männer (und alle anderen natürlich auch), wie sich der Alltag in der Kindertagespflege gestaltet, welche Voraussetzungen notwendig sind und welche Vorteile und Perspektiven man(n) in der selbstständigen Tätigkeit als Kindertagespflegeperson erwarten kann.

Infos zur Qualifizierung und zur Kindertagespflege unter www.kinder-freiburg.de oder direkt bei der Fachberatung Kindertagespflege Tagesmütter-Verein-Freiburg unter Tel. 0761/28 35 35

Hundert Euro für eine Kippe

Im Rahmen der Sauberheitskampagne „augenauf! freiburg“ sind der städtische Vollzugsdienst und der Gemeindevollzugsdienst bis Sonntag, 13. November, unterwegs, um Verunreinigungen mit Zigarettenkippen, Glasflaschen, Hundekot, Verpackungen oder Essensresten verstärkt zu ahnden.

Hierbei werden die Mitarbeitenden des Amtes für öffentliche Ordnung sowohl in Uniform als auch in Zivil tagsüber und in den Abendstunden unterwegs sein. Festgestellte Verstöße werden unmittelbar und konsequent geahndet – und das kann teuer werden: Das Bußgeld für das Wegwerfen einer Zigarettenkippe, von Verpackungen oder von Essensresten liegt jeweils bei 100 Euro. Die Verunreinigung mit Hundekot wird ebenso mit 100 Euro geahndet. Weggeworfene Glasflaschen kosten 150 Euro, Glasscherben sogar 200 Euro.

Stadt rettet Multicore vor Insolvenz

Gemeinderat beschließt haushaltsneutrale Förderung

Der Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung bei zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen beschlossen, den Verein Multicore einmalig mit 30 000 Euro zu unterstützen, um seine Insolvenz abzuwenden. Zudem wird der jährliche Zuschuss in den kommenden drei Jahren um je 10 000 Euro reduziert. So wird die einmalige Zahlung gegenfinanziert.

Zweck von Multicore ist es, Musiker, Musikerinnen und Kulturschaffende zu unterstützen. Der Verein organisiert öffentliche Konzerte, setzt sich für die Bereitstellung von Übungsräumen ein und bietet Workshops an. Im Juli hat Multicore ein Festival im Eschholzpark veranstaltet. Nachdem weniger Besucher und Besucherinnen kamen als kalkuliert, droht dem Verein die Insolvenz. Die Verwaltung teilt laut Beschlussvorlage die Auffassung vieler Fraktionen, dass die Insolvenz von Multicore ein „erheblicher Verlust für die Rock- und Popmusik“ in Freiburg wäre. Dieser Meinung schloss sich eine Mehrheit des Gemeinderats an.

Debatte im Gemeinderat

Das Festival scheiterte laut Stadtrat Attai Keller, SPD/Kulturliste, „mit großem Wumms“. Doch seine Fraktion zögere keine Sekunde, der Vorlage zuzustimmen, denn diese zeige eine „gangbare Lösung“.

Jupi-Stadtrat Sergio Pax gab zu bedenken, dass unter einer Insolvenz nicht nur Multicore leiden würde, sondern auch jene, für deren Leistungen der Verein nicht bezahlen könne. Und betonte: „Wir nehmen hier gar kein Geld aus dem Haushalt.“

Carolin Jenkner von der CDU sagte, dass ihre Fraktion „mit Bauchschmerzen“ zustimme. Sie forderte, dass so etwas „die Ausnahme“ bleiben müsse. Dem Unwohlsein bei der Zustimmung schloss sich auch Timothy Simms (Grüne) an. In Zukunft müsse bei den Förderungen genauer hingeschaut werden: „Da hätten Alarmglocken läuten müssen.“ Auch Johannes Gröger von den Freien Wählern äußerte „Bauchschmerzen“, doch seiner Meinung nach geht es bei dem Beschluss „nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um die Zukunft“. Er fasste zusammen: „Sie dürfen nicht ungeschoren davonkommen, aber müssen überleben.“

Sascha Fiek von der FDP/Bürger für Freiburg betonte: „Jeder kann scheitern.“ Seine Fraktion wolle Multicore nicht insolvent gehen lassen, habe aber Bedenken. Er bemängelte an der Vorlage der Verwaltung, dass nicht deutlich genug sei, wie genau es mit Multicore in Zukunft weitergehe. Deshalb enthalte sich die FDP/BfF.

AfD-Stadtrat Detlef Huber sah als Grund für das Scheitern ausschließlich das „Missmanagement“ von Multicore. Das nun beschlossene Vorgehen wertete er als „Beihilfe zur Insolvenzverschleppung“.

Sichtbare Geschichte

Hilfe für Restaurierung des Korntawerplans

Große Freude im Augustinermuseum: Die Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau stellt für die Restaurierung und die Ausstellung des Korntawerplans 30 000 Euro bereit. Der 4,50 Meter lange Plan aus dem Jahre 1608 ist die älteste Darstellung der Freiburger Gemarkung.

Das Ölgemälde zeigt die damaligen städtischen Gerichts- und Bannbezirke. Benannt wurde es nach seinem Schöpfer, dem Kartografen Job Korntawer, der die Karte im Auftrag des Bürgermeisters und des Rats der Stadt Freiburg schuf. Schon seit einiger Zeit können Interessierte in einer gläsernen Werkstatt im sogenannten Kaiserfenster-Foyer des Museums den Prozess der Restaurierung mitverfolgen.

Seit der Einweihung der Sparkassen-Schalterhalle im Jahr 1911 in der Franziskanerstraße schmückte das Original des Plans bis circa 1940 die sogenannte Meckelhalle, den größten Raum des Gebäudes. In den Jahren danach wurde das Werk gegen eine Kopie ausgetauscht. Historiker erforschen aktuell die genauen Umstände und den Zeitpunkt, zu dem diese Kopie entstand.

Mit ihrer Spende wolle die Sparkasse einen wichtigen Teil der Stadtgeschichte erhalten und Museumsbesucherinnen und -besuchern zugänglich machen, so Vorstandsvorsitzender Marcel Thimm. Die historische Fassade der Sparkasse und die Meckelhalle zählen zu den Besonderheiten im Stadtbild – geplant von den bekannten Architekten Max Meckel und seinem Sohn Carl Anton. Die Meckelhalle ist heute losgelöst vom Bankgeschäft für Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen reserviert.

Berufswege finden

Infos für Frauen mit Migrationshintergrund

Wie können Frauen, die ihre Wurzeln in einem anderen Land haben, ihren beruflichen Weg in Deutschland finden? Um dieses Thema dreht sich ein Infvormittag am Donnerstag, 10. November. Er richtet sich an Frauen mit Migrationshintergrund und an Geflüchtete.

Bei der Informationsbörse bieten 17 Stände Antworten auf Fragen von A wie „Arbeitssuche“ bis Z wie „Zulassung zum Studium“. Auch Fragen zu Sprachkursen, Bildungsangeboten, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und vielem mehr lassen sich im individuellen Gespräch klären.

Parallel dazu gibt es einstündige Workshops zu Themen rund um den Beruf, zum Beispiel „Überblick über den Arbeitsmarkt in der Region“, „Frau, Migrantin und erfolgreich!“ oder „Was kann ich? Was will ich?“. Die Teilnehmerinnen erarbeiten das Thema in kleinerer Gruppe gemeinsam mit einer Expertin und kommen in den Austausch.

Wer in der deutschen Sprache noch nicht so sicher ist, kann die Hilfe von Sprachbegleiterinnen nutzen, die beispielsweise auf Arabisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Türkisch oder Ukrainisch übersetzen. Dazu bei der Anmeldung bitte den Sprachwunsch angeben.

Veranstalterinnen sind die städtische Kontaktstelle Frau und Beruf und das Amt für Migration und Integration. Unterstützung kommt von der FWTM und dem Freiburger Bildungsmanagement.

Do, 10.11., 9.15–13 Uhr, Historisches Kaufhaus am Münsterplatz. Die Teilnahme ist kostenfrei und nur nach Anmeldung möglich: www.freiburg.de/frauundberuf

„Für ein gutes Miteinander“

Ob in Nachbarschaftsinitiativen, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Sozialverbänden oder Stiftungen: Bürgerengagement und Ehrenamt sind wichtige Säulen für das gesellschaftliche Miteinander. Um ihre Leistungen zu würdigen, zeichnet die Stadt alljährlich beispielgebende Projekte und engagierte Personen aus. Partner der städtischen Ehrung 2023 ist die Firma Pfizer. Zur Auszeichnung beispielhafter Personen und Projekte bittet die Verwaltung die Bevölkerung bis Freitag, 25. November, darum, Vorschläge einzureichen. Neben den städtischen Auszeichnungen werden auch der Wilhelm-Oberle-Preis für soziales Engagement und der Sonderpreis der AOK für gesundheitliches Engagement verliehen.

Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach unterstreicht die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements: „Das Engagement im Ehrenamt ist für unsere Stadt ein unbezahlbarer Gewinn. Es bietet Plätze der Begegnung, stabilisiert das Miteinander und stärkt die Liebenswürdigkeit wie die Entwicklungspotenziale Freiburgs.“

Vorschläge mit Kurzbeschreibung der Personen oder Projekte mit Ansprechpartner, Anschrift, Telefonnummer können an Gerhard Rieger gesendet werden: gerhard.rieger@stadt.freiburg.de, Rathausplatz 2–4, 79098 Freiburg. Weitere Informationen unter: www.freiburg.de/engagement

Einsatz für eine offene Stadt

Egal, ob Einzelperson, Initiative oder Unternehmen: Wer sich in Freiburg für Integration und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einsetzt, kann sich bis Sonntag, 20. November, für den Integrationspreis bewerben oder ein Projekt vorschlagen. Voraussetzung ist, dass der Wirkungskreis in Freiburg liegt. Zudem sollten alle Bewerber und Bewerberinnen über 16 Jahre alt sein. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert.

Den Bewerbungsbogen gibt es im Internet: www.freiburg.de/integrationspreis. Alternativ kann der Bewerbungsbogen bei Thomas Tritschler, Tel. 0761 / 201-6342, oder

thomas.tritschler@stadt.freiburg.de angefordert werden.

Tageskarte mit Aktionsrabatt

In den Herbstferien (29.10. bis 6.11.) bietet der Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) die neue Tageskarte für Bus und Bahn vergünstigt an – egal ob allein, in Begleitung, als Familie oder Gruppe. In diesem Zeitraum kostet sie in den Apps Fahrplan+ und VAG mobil sowie im VAG Onlineshop 25 Prozent weniger. Der Rabatt gilt nicht im Vorverkauf und bei anderen Verkaufskanälen.

Die Nutzung ist einfach: Eine der kostenlosen Apps installieren, beim Mobilticket anmelden und Tageskarte auswählen. Ohne Registrierung lässt sich das Angebot im Mobilticket per Paypal nutzen.

Die Tageskarte gilt für beliebig viele Fahrten mit Bus, Bahn und Stadtbahn bis Betriebsschluss in den frühen Morgenstunden des Folgetages. Es gibt sie für eine, zwei oder alle drei Tarifzonen.

Infos unter: www.rvf.de

Kurz gemeldet

„Walk & talk“ für Beratende

Der Wegweiser Bildung bietet für alle, die in Freiburg zu Bildungsthemen beraten, eine neue Veranstaltungsreihe an. Bei „Walk & talk“ spazieren Beraterinnen und Berater gemeinsam zu einer Beratungseinrichtung und lernen sich untereinander und die gastgebende Institution besser kennen. Den Auftakt macht die Freiburger Jugendberatung am Montag, 7. November, von 14 bis 16 Uhr.

www.wegweiser-bildung.de/veranstaltungen/walk-talk Anmeldung unter: veranstaltung@wegweiser-bildung.de

Freiburg in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2022 ist erschienen. Übersichtlich und kompakt bietet es auf 139 Seiten wichtige Zahlen, Daten und Fakten zur Stadt. Die Themen reichen von Bevölkerung- und Wohnungsmarktentwicklung über soziale Kennwerte bis zu wirtschaftlichen Rahmendaten. Das Amt für Bürgerservice gibt damit zum Beispiel einen Überblick, wie viele Menschen durchschnittlich in einem Freiburger Haushalt leben (1,8), und wie viele von 1000 Freiburgern und Freiburgerinnen ein eigenes Auto besitzen (348).

Unter www.freiburg.de/statistischeveroeffentlichungen gibt es das Jahrbuch kostenlos zum Download. Ein gedrucktes Exemplar kann man unter derselben Adresse für zehn Euro bestellen.

Vorbildlich mit Recyclingpapier

Für die Nutzung von Recyclingpapier mit dem Blauen Engel erhält Freiburg eine Sonderehrung im Papieratlas-Städteettbewerb von „Pro Recyclingpapier“. Als Mehrfachsiegerin erbringe die Stadt seit zwölf Jahren Bestleistungen, so die Initiative, und leiste einen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz. Recyclingpapier spart in der Produktion im Vergleich zu Frischfaserpapier 78 Prozent Wasser sowie 68 Prozent Energie.

Genussmesse Plaza Culinaria

Mit Starköchen, einem Genussfestival und der Start-up-Area „Food Rockerz“ findet von 11. bis 13. November die Erlebnis- und Genussmesse „Plaza Culinaria“ statt. Zu den kulinarischen Angeboten kommen in diesem Jahr „Kulinarische Reisen“ hinzu. Auftakt ist die „Charity Night“ am Vorabend des ersten Messtags, mit der die FWTM als Veranstalterin gemeinsam mit vier Sterneköchen aus der Region den Verein „Taube Kinder lernen hören“ unterstützt.

Tickets gibt es bei den Reservix-Vorverkaufsstellen und online:

www.reservix.de

Infos: www.plaza-culinaria.de

„Mein erster, aber hoffentlich nicht letzter Besuch in Freiburg“

Mit diesen Worten bedankte sich US-Botschafterin Amy Gutmann für die Fotografie des Freiburger Rathauses und den herzlichen Empfang der Stadt Mitte Oktober. Welch hoher Besuch in der Gerichtslaube erwartet wurde, zeigte sich an der amerikanischen Flagge, den schwarzen Limousinen und den zahlreichen Personenschützern, die auf dem Rathausparkplatz zu sehen waren. Anlass für Gutmanns Visite war der 70. Geburtstag des Carl-Schurz-Hauses, des deutsch-amerikanischen Instituts. Oberbürgermeister Martin Horn sah in dem Kommen der Botschafterin „ein wunderbares und sehr wichtiges Zeichen für die engen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA. Ihr Besuch bringt unsere Länder und Städte näher zusammen“, betonte er auf Englisch und dankte Gutmann für die amerikanische Unterstützung der Ukraine. „Wir befinden uns in Krisenzeiten“, entgegnete diese – umso schöner sei es, mit Menschen zusammenzusein, „die die gleichen Werte teilen und mit denen man Dinge voranbringen kann“.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de